

Alle satt und alles gerecht verteilt? Ressourcengerechtigkeit in Amazonien, Ernährungssicherheit in den Anden, Landkonflikte in Mexiko – was uns das angeht

**Tagung der Ev. Akademie Bad Boll
in Kooperation mit dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-
Württemberg und dem Welthaus Stuttgart**

11. und 12. Juni 2026 im Welthaus Stuttgart

DOKUMENTATION

Thema der Veranstaltung

Lateinamerika steht verstärkt im Blickfeld der europäischen Rohstoffpolitik. Auf eine einfache Formel gebracht: Die EU verkauft dank Abkommen wie dem Mercosur-Handelsvertrag fertige Produkte, während die lateinamerikanischen Staaten im Gegenzug Rohstoffe exportieren. Die Folge: Natur und Menschen werden ausgebeutet, um Lebensmittel für uns herzustellen. Indigenen und der Landbevölkerung drohen durch Waldrodungen für Weide- und Anbauflächen der Entzug ihrer Lebensgrundlage.

Mit dem vieldiskutierten Mercosur-Abkommen, das durch den Wegfall des Großteils der Zölle die größte Freihandelszone der Welt schafft, verfolgt die EU auch geostrategische Ziele: Sie will sich aus der Abhängigkeit von den USA und China lösen. Zeitgleich beobachten wir, wie die USA Völkerrechtsbrüche in Kauf nehmen und zu einer Politik zurückkehren, die Lateinamerika als ihren „Hinterhof“ degradiert, um ihre Zugänge zu Rohstoffen zu sichern und davon zu profitieren – mit nicht absehbaren Folgen für die Region und für uns in Europa.

Angesichts dieser Bedrohungen für Lateinamerika ist die Landfrage wieder von höchster Aktualität. Was bedeuten die Handelsabkommen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die u.a. in Bolivien mit rund 80% der zentrale Pfeiler der Ernährungssicherung sind? Inwieweit können die Staaten Lateinamerikas ihre wirtschaftliche Existenz und Ernährungssouveränität gewährleisten? Inwieweit erhöht sich der De-Industrialisierungsdruck? Und wie können faire Handelsbeziehungen aussehen? Dabei richtet sich der Blick auch auf Friedensbildungsprozesse in den von Konflikten geprägten Ländern Mexiko und Kolumbien.

Leitung

Dr. Carola Hausotter
Studienleiterin für Friedensethik und Transkulturalität, Evangelische Akademie Bad Boll

Referierende / Mitwirkende

Almudena Abascal
Lateinamerikareferentin, FIAN Deutschland e.V., Köln

Dr. Nora Braun
kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V., Berlin

Oscar Choque
Fachpromotor für Rohstoffe, Umwelt, Klima und Entwicklung, Ayni Verein für Ressourcengerechtigkeit e.V., Dresden

Patricia Illanes-Wilhelm
Projektkoordinatorin Interkulturelles Promotor*innen-Programm, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e.V., Stuttgart

Fenja Lüders
Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Brot für die Welt, Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e.V., Nürnberg

Francisco Marí
Referent für Lobby- und Anwaltschaftsarbeit in den Bereichen Welternährung und Agrarhandel, Brot für die Welt, Berlin

Dr. Martina Merklinger
Geschäftsführung, Welthaus Stuttgart e.V.

Dr. Philipp Naucke
Sozialanthropologe mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung; Lateinamerika Institut Berlin / Philipps-Universität Marburg / kolko e.V.

Niklas Nüssle, MdL
Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

Camila Andrea Rodríguez Reyes
Bildungsreferentin Handy-Aktion Baden-Württemberg, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e.V., Stuttgart

Felix Roll
Referent für Wirtschaft und Menschenrechte, Eine-Welt-Fachpromotor für faires und zukunftsfähiges Wirtschaften, Werkstatt Ökonomie e.V., Heidelberg

Mauricio Salazar
Psychosoziale Arbeit bei der Organisation „Aluna“, Acompañamiento Psicosocial, Mexiko-Stadt

Sarah Schweizer, MdL
Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat, Fraktion CDU im Landtag Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Carolina Tobón Ramírez
Wissenschaftlerin u.a. zum Thema „Kultureller und politischer Wandel“ am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn

Julian Villa-Turek
BUNT-Stiftung gGmbH, Mitglied des „Nodo Alemania de apoyo al legado de la CEV Colombia“ („Ehrenamtliche Versöhnungsarbeit zu Kolumbien“), Berlin

Prof. Dr. Eva Youkhana
Professorin für kritische Entwicklungsstudien, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn

Dokumentation

Martina Fürstenberger
Freie Journalistin, Energie, Umwelt- & Klimaschutz, Stuttgart

Einführung

Dr. Carola Hausotter

„Handelsverträge wie Mercosur dienen vordergründig dem freien Handel, doch natürlich geht es Europa auch um die Deckung seines Bedarfs an Ressourcen“, so Carola Hausotter bei der Einführung. Mit dem Mercosur-Abkommen werde der Agrarsektor in Lateinamerika wachsen, mit Folgen wie Abholzung und Gefährdung der Natur. „Deshalb haben wir die Landfrage und das Thema Ernährungssouveränität in unsere Tagung hineingenommen. „Die Landfrage löst eine ganze Reihe von Konflikten in Lateinamerika aus.“ Betroffen seien insbesondere kleinere, lokale bäuerliche Gemeinschaften und auch indigene Gemeinschaften.

„Natürlich haben Handelsabkommen auch eine politische Dimension: Europa sichert sich politische Partner. Es geht darum, sich gegenüber den USA und China zu behaupten, Absatzmärkte für die eigenen Industrieprodukte zu erweitern, und letztendlich sich den Zugang zu Rohstoffen zu sichern.“

Seitens engagierter Organisationen und Betroffener gebe es viel Besorgnis und Widerstände. Die Frage sei deshalb: Wie kann man Einfluss nehmen? Wie kann man sicherstellen, dass Standards eingehalten werden? Und wie geht man mit bestehenden Konflikten in Ländern wie Kolumbien um?

Einführung in die Thematik Welthandel/Handelsabkommen

Francisco Marí

Francisco Marí ist Referent für Lobby- und Anwaltschaftsarbeit in den Bereichen Welternährung, Agrarhandel und Meerespolitik bei „Brot für die Welt“. Im Zusammenhang mit dem Mercosur-Abkommen erklärt er die rechtliche Lage und die Position von „Brot für die Welt“ dazu.

Wenn weltweit Waren ausgetauscht werden, brauche es Regeln, damit nicht der Stärkere den Schwächeren erpressen könne. Denn Handel sei einerseits notwendig, könne andererseits aber auch zu Konflikten führen. „Seit 1948 sind eigentlich alle **Handelsbeziehungen regelbasiert**. Diese Regeln sind für alle gleich.“ Zu den Grundpfeilern gehört das Meistbegünstigungsprinzip: Ein Staat darf seine Handelspartner grundsätzlich nicht unterschiedlich behandeln. Das bedeutet gleiche Zölle für alle, ohne jemanden zu bevorzugen oder zu bestrafen. Aktuell werde dieses Prinzip vor allem von den USA unter Präsident Trump in Frage gestellt.

Festgelegt sind die Regeln des Welthandels im GATT-Abkommen ("General Agreement on Tariffs and Trade"), 1995 wurde dann die WTO (World Trade Organisation) gegründet.

Bilaterale Abkommen widersprechen eigentlich den Grundprinzipien des Welthandels, sind jedoch erlaubt, wenn dadurch Zölle beseitigt werden. „Wir kritisieren aber, wenn solche Abkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abgeschlossen werden. Der schwächere Partner wird immer Nachteile haben“, so Marí. Wichtig sei bei solchen Abkommen, dass die Menschenrechte gewahrt werden.

Das **Mercosur-Abkommen** zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay ist am 1. Mai vorläufig in Kraft getreten, allerdings nur der wirtschaftliche Teil

(Handelsabkommen) und nicht auch der politische Teil (Partnerschafts-Abkommen), der unter anderem Fragen zu Menschenrechten regelt. Über diesen müssen die Mitgliedsstaaten abstimmen.

Blick auf Kolumbien und Ecuador

Almudena Abascal

Almudena Abascal ist Juristin und Lateinamerikareferentin bei **FIAN Deutschland**, die deutsche Sektion der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN International („FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk“).

„In Lateinamerika gibt es eine Konzentration auf Güter, die man exportieren kann“, so Abascal. Das seien vor allem Agrarprodukte und Rohstoffe. Dieses Wirtschaftsmodell des **Extraktivismus** führe zu Landraub und Landkonzentration. Statt dass kleinbäuerliche Gemeinschaften Lebensmittel für den eigenen Bedarf anbauen, wird das Land für den Abbau und Export von Rohstoffen genutzt.

Besonders deutlich ist die ungleiche Landverteilung in **Kolumbien** ausgeprägt: Mehr als 80 Prozent der Fläche werde von nur einem Prozent der Landbesitzer bewirtschaftet. Zugenommen hat zum Beispiel der Anbau von Palmöl. Grundnahrungsmittel müssen dagegen importiert werden. „Ein großer Teil der Bevölkerung leidet unter Ernährungsunsicherheit.“

Das gleiche Problem sehe man in **Ecuador**. Dort werden zum Beispiel Shrimps gezüchtet, die insbesondere nach China und in die Europäische Union exportiert werden. Bisher fand dies vor allem an den Küsten statt, nun werde auch nach Flächen im Landesinneren gesucht. „Dafür werden indigene Gemeinschaften vertrieben.“

Die **Forderungen von FIAN** lauten deswegen: Menschenrechte müssen über wirtschaftlichen Interessen stehen, das Völkerrecht muss eingehalten werden, Ernährungssouveränität ist wichtiger als Freihandel. Die Rechte von Kleinbauern müssen gestärkt werden.

Podiumsdiskussion

Ernährungssicherheit als Spielball internationaler Handelspolitik?

Mercosur und die Folgen – Welchen Einfluss hat internationale Handelspolitik auf das Konzept Ernährungssouveränität?

Francisco Mari, Almudena Abascal, Niklas Nüssle

Moderation: Dr. Carola Hausotter

Das **Mercosur-Abkommen** wird in der EU unterschiedlich bewertet. **Befürworter*innen** sehen vor allem die Wachstumschancen durch neue Absatzmärkte für die Industrie und den leichteren Zugang zu Rohstoffen, **Kritiker*innen** befürchten negative Auswirkungen auf Klimaschutz und die heimische Landwirtschaft. „Die Diskussion und Abstimmung im EU-Parlament zeigt, wie komplex das Thema ist“, sagt Landtagsabgeordneter Niklas Nüssle (Grüne). „Ich kann die Kritik und die Sorgen der Landwirtschaft verstehen, sehe aber auch den Charme des Abkommens.“ Die EU sei wichtig als starkes Gegengewicht zu den USA und China.

Laut Marí war die **Debatte um den Rindfleischimport** aufgebauscht. Die Menge, die zum reduzierten Zollsatz importiert werden darf, ist stark beschränkt und entspricht weniger als zwei Prozent der Rindfleisch-Menge, die in der EU produziert wird. „Die Angst, dass das Abkommen der deutschen Landwirtschaft schadet, ist nicht berechtigt.“

Nüssle sieht bei der **Landwirtschaft** noch ganz andere Themen, die wichtig sind. Zum Beispiel die Effizienz in der Lebensmittel-Produktion und das Thema Lebensmittel-Verschwendung. „Wie viel werfen wir weg?“ Er will auch mehr Augenmerk darauf legen, was wir hier selbst produzieren können. Auf kommunaler und Landesebene gebe es durchaus Möglichkeiten, etwas zu bewirken. „Wir werden sehen, was mit der CDU möglich ist.“ Ideen gebe es zum Beispiel beim Thema Gemeinschaftsverpflegung in Mensen. Aus dem Publikum kam die Anmerkung, dass die Verwaltungsvorschrift (VwV) Kantine ein großer Hebel gewesen wäre. Es sei wichtig, auch hier die nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Zum Thema **Soja** gibt es Bedenken, dass noch mehr Flächen in Südamerika für den Sojaanbau gerodet werden. Laut Marí wird das Abkommen aber kaum Auswirkungen darauf haben, da der allergrößte Teil der Soja-Produktion sowieso nach China exportiert wird. Die Exporte in die EU haben sogar abgenommen. Zum einen stagniert hier der Fleischkonsum, zum anderen werden immer mehr Eiweißpflanzen in der EU selbst angebaut.

Kritik gibt es auch daran, dass **Pestizide**, die hier verboten sind, in die Mercosur-Staaten verkauft werden dürfen. „Die Konzerne sagen, sie brauchen die Pestizide, um die Menschen zu ernähren“, so Abascal. „Aber das stimmt nicht. Die Pestizide werden vor allem für Soja und Palmöl eingesetzt. Damit werden keine Menschen ernährt.“

„Die großen Profiteure des Abkommens sind die europäischen Produzenten“, so Marí. Neben der **Automobilindustrie** sei dies zum Beispiel auch die **Pharmaindustrie**. In Südamerika dagegen könnten Industriearbeitsplätze verloren gehen. „Südamerika verbleibt in der Rolle des Rohstofflieferanten oder wird wieder dazu.“ Allerdings vermutet Marí, dass die Autoindustrie in Baden-Württemberg nicht lange jubeln wird. „Die Chinesen werden bald in der EU produzieren, um dann zollfrei nach Südamerika exportieren zu können.“

„Wie gehen wir nun mit dem Abkommen um?“, fragt Studienleiterin Carola Hausotter. Es gebe zwar durchaus **Umwelt- und Menschenrechtsklauseln** in den Verträgen, aber ob und wie diese zum Tragen kommen, sei mehr als fraglich. Marí sagt dazu: „Besser ein bilaterales Abkommen als nur das Recht des Stärkeren. Wir werden das weiterhin begleiten und vor allem bei der Umsetzung des politischen Teils genau hinschauen.“ „Das **Lieferkettengesetz** muss eingehalten werden“, fordert Abascal.

Nüssle ist auch die Stärkung der **heimischen Landwirtschaft** und die Wertschöpfung im Land wichtig, außerdem die **Diversifizierung der Lieferketten**. „Was können wir aus dem Mercosur importieren, was wir bisher aus China beziehen?“ Ziel sei, dass am Ende beide Seiten profitieren.

Transdisziplinäre Begegnungen: Akademische Beiträge zur (Umwelt)Friedensbildung

Prof. Dr. Eva Youkhana, Dr. Carolina Tobón Ramírez

Nach einem musikalischen Auftakt mit Gitarre und Gesang von Oscar Choque ging es am zweiten Tag um das Thema **Friedensbildung**. Welchen Beitrag kann die **Wissenschaft** hier leisten? Dr. Carolina Tobón Ramírez vom Zentrum für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn beschrieb die Lage in **Kolumbien**: Die große Ungleichheit bei der Land-Verteilung sei der Hauptgrund für die Konflikte. Im Friedensprozess spielt das Thema zwar eine Rolle, wird aber ungenügend umgesetzt. Viele bewaffnete Gruppen, die eng mit dem Drogenhandel verbunden sind, bestimmen das Bild, ebenso wie illegaler Bergbau. Um Frieden zu erreichen, müssten sich die Bedingungen in den Gebieten verändern.

Dr. Eva Youkhana arbeitet an der Universität Bonn als Professorin für kritische Entwicklungsforschung und Soziologie. Sie beschäftigt sich mit Umweltkonflikt- und Friedensforschung, vor allem in Lateinamerika. Wichtig ist ihr der **wissenschaftliche Austausch**, nicht nur mit Eliten, sondern die Einbeziehung des Wissens von den Bauern und Bäuerinnen, Indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden sowie jungen Menschen. Auf der Tagung stellte sie das ehemalige Stipendienprogramm für Doktoranden und Master-Studierende mit der Universität in Bogotá vor (DSSP). Ganz neu gestartet ist das Projekt „Iakumama 2050“. Dabei gehe es darum, traditionelles Wissen mit „modernen“ Technologien zu verbinden, um friedliche Zukunftsvisionen für den Amazonas zu entwerfen.

Die Friedensgemeinde in Kolumbien

Dr. Philipp Naucke

Dr. Philipp Naucke ist Kulturanthropologe und hat unter anderem in Bogotá studiert. In Kolumbien hat er mehrere Forschungsprojekte, u.a. zu Gewalttransformation und Friedensbildung, durchgeführt. Er ist auch Mitglied im Verein Kolko e.V.

Seit vielen Jahren hat er Kontakt zur **Friedensgemeinde San José de Apartadó** im Norden Kolumbiens. Es handelt sich dabei um eine Friedens- und Widerstandsinitiative, die 1997 in der Region Urabá von Kleinbäuer*innen gegründet wurde. Die Menschen dort haben ihr Gemeindegebiet zur waffenfreien Zone erklärt und weigern sich, bewaffnete Gruppen zu unterstützen. Sie wehren sich damit gegen Krieg, Vertreibung und Umweltzerstörung.

Leider haben die Konflikte in der Region trotz des Friedensprozesses seit 2016 nicht aufgehört. Es gibt weiterhin Morde und Massaker. Positiv am **Friedensprozess** sind laut Naucke: das **Demobilisierungsprogramm** für ehemalige FARC-Kämpfer, das Entfernen von Landminen und die Aufarbeitung der Vergangenheit durch die **Wahrheitskommission**. Allerdings haben sich **neue paramilitärische Gruppen** gebildet, die das Leben der Menschen kontrollieren und regulieren. Oft sind diese mit dem Drogenanbau und -handel verknüpft.

Zudem ist der Prozess der **Landrückgabe und -legalisierung** sehr zäh und führt teils zu neuen Konflikten. „Eine Konflikttransformation scheitert, wenn die strukturellen Ursachen nicht behoben

werden.“ In Kolumbien sei das die ungleiche Verteilung von Land. „Das kann der Friedensprozess alleine nicht leisten.“ Zudem führe die höhere Sicherheit seit dem Friedensprozess dazu, dass nun **Bergbauunternehmen** aktiv werden und Vorbereitungen zum Abbau treffen. „Dieser Extraktivismus widerspricht der Ernährungssicherheit. Das Modell wird aber nicht in Frage gestellt.“

Lokale Akteure wie die Friedensgemeinde hätten oft umfassende Strategien zur Konfliktbewältigung, wirken aber nur relativ begrenzt.

Podiumsdiskussion

Agieren in unsicheren Zeiten: Umgang mit Konflikten & Chancen für Konflikttransformation am Beispiel von Kolumbien und Mexiko

Prof. Dr. Eva Youkhana, Mauricio Salazar, Dr. Philipp Naucke, Dr. Carolina Tobón Ramírez

Moderation: Dr. Carola Hausotter

Wie geht man mit Konflikten um? Wie kann man im Umfeld von Gewalt agieren? Mauricio Salazar arbeitet in **Mexiko** bei der Organisation Aluna, die sich um die **psychosoziale Begleitung von Vertriebenen** kümmert. „Mexiko war lange ein Transitland, aber immer mehr Menschen, die von woanders fliehen mussten, bleiben hier.“ Diese Menschen hätten oft Gewalt erfahren, vor allem indigene Völker seien von Landraub betroffen. „Es wird oft nicht verstanden, wie wichtig ihr Land für diese Menschen ist. Land ist Kultur und Identität.“ Die Auswirkungen von soziopolitischer Gewalt seien verheerend – für die seelische Gesundheit, aber auch die sozialen Beziehungen. Bei der Arbeit von Aluna geht es darum, Sicherheit zu geben und Kompetenzen zu vermitteln.

Um **Agieren** zu können, braucht es **Verbündete** – sei es in der Regierung, über Kirchen oder NGOs. Diese Zugänge seien aber sehr dynamisch, so Naucke aus seiner Erfahrung in Kolumbien. „Es hängt viel von den Personen ab, die gerade Positionen besetzen.“ Nach einem Regierungswechsel kann alles schon wieder anders aussehen oder sich ins Gegenteil verkehren. In Kolumbien waren nach dem Regierungswechsel 2022 einige der ehemaligen Stipendiaten des DSSP-Programms in Positionen gekommen. „Das hat sehr geholfen und es kann wieder **Vertrauen** entstehen, auch zu staatlichen Institutionen“, so Youkhana. Die Hoffnung auf ein gutes Ausgehen der nächsten Wahlen bleibt.

Groß ist laut Naucke das Vertrauen der Menschen in die **internationale Gerichtsbarkeit** und auch in die Zivilgesellschaft. **Wie wichtig ist** in dem Zusammenhang **die internationale Solidarität?** Auf diese Frage gab Naucke eine eindeutige Antwort: „Sie ist überlebenswichtig!“ Wer international Aufmerksamkeit bekommt, könne auch Druck aufbauen. Die Friedensgemeinde wurde lange von der internationalen Menschenrechtsorganisation „Peace Brigades International (pbi)“ begleitet. Leider seien nach 2016 die Gelder gestrichen worden. Wichtig für die Gemeinde ist heute u.a. der Verkauf von fair gehandeltem Kakao und Kakaobutter nach Europa.

„Wir brauchen internationale Sichtbarkeit“, sagt auch Salazar. **Allianzen** seien wichtig, auch Kooperationen mit Künstler*innen helfen. Mit der Regierung arbeite man aufgrund der Komplexität und der Dynamik nicht zusammen.

Eine Frage, die viele Anwesenden beschäftigte, war der **Schutz der Aktivist*innen**. Was können wir dafür tun, Umwelt- oder Friedensaktivist*innen zu schützen? Eine befriedigende Antwort darauf gibt

es laut Naucke für Kolumbien nicht, „es passieren trotzdem Morde“. Salazar berichtet vom nationalen Schutzmechanismus in Mexiko. Betroffene bekommen dadurch zum Beispiel Schutzbegleitung oder gepanzerte Autos. Wichtig sei auch die Zusammenarbeit zwischen den Ländern. So habe man schon Bedrohte aus Kolumbien nach Mexiko geholt. **Schutzprogramme** gibt es von verschiedenen Organisationen und Ländern, diese müsse man nutzen, um Menschenleben zu retten. Carola Hausotter wies in dem Zusammenhang auf zwei Programme des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) hin: die Elisabeth-Selbert-Initiative für Menschenrechtsverteidiger*innen und die Martin Roth Initiative für Künstler*innen.

Angesichts der politischen Entwicklungen sagt Youkhana: „Die **Freiräume für zivilgesellschaftliches Engagement** werden kleiner. Wir müssen diese Freiräume besetzen und nutzen.“ Als Wissenschaftler*innen sei man zwar einerseits neutral, aber „wir wollen als Akteure einen Unterschied machen.“ Dafür arbeite man mit der Zivilgesellschaft sowohl im Süden als auch hier zusammen.

Workshop Nr. 1

Was ist genug? Diskussion der Ergebnisse der Rohstoffstudie des DEAB bezogen auf Lateinamerika

Felix Roll, Oscar Choque, Moderation: Dr. Martina Merklinger

Felix Roll von „Werkstatt Ökonomie“ stellte die Ergebnisse der Anfang des Jahres erschienenen **Rohstoffstudie** vor: 3,2 Tonnen pro Person – so hoch ist der jährliche Metallverbrauch in Baden-Württemberg. Damit liegt er mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig werden im Land selbst keine metallischen Rohstoffe abgebaut.

Vor allem die fünf Metalle **Kupfer, Bauxit, Kobalt, Wolfram und Lithium** sind wichtig für die Energiewende und die hiesige Industrie. Doch der Abbau hat ökologische, soziale und menschenrechtliche Folgen. Deshalb kommen in der Studie auch Betroffene aus dem Abbauländern zu Wort. Die Studie dient als Grundlage, um Politik, Unternehmen und die Bevölkerung auf die Notwendigkeit einer **Rohstoffwende** aufmerksam zu machen. Dazu gehört der Ausbau des Recyclings, aber auch die Gewinnung von Rohstoffen in Deutschland. Projekte und Pläne gibt es unter anderem im Erzgebirge und im Oberrheingraben.

Welche **Auswirkungen Rohstoffabbau** hat, kennt Oscar Choque aus eigener Erfahrung. Choque kommt aus Bolivien und hat in jungen Jahren selbst im Bergbau gearbeitet und Zinn abgebaut. Am Salar de Uyuni in seinem Heimatland wird aktuell Lithium gewonnen. Ob im klassischen Bergbau oder bei der Gewinnung von Lithium aus Salzsolen – Bergbau sei immer mit Umweltauswirkungen verbunden. Das werde auch im Erzgebirge so sein, wenn dort wie geplant Lithium abgebaut wird. „Die Menschen müssen informiert und in Entscheidungen eingebunden werden“, sagt Choque, Fachpromotor für Ressourcen, Technik und Umwelt in Sachsen, der in Dresden lebt und sich dort engagiert.

Auch im Oberrheingraben soll künftig Lithium abgebaut werden, Pilotanlagen gibt es bereits. Hier seien die Auswirkungen auf die Umwelt vergleichsweise gering, so Roll. **Energiewende ja**, trotz der

dafür benötigten Rohstoffe – so der Tenor der Workshops – aber ohne die Fehler von früher zu machen.

Workshop Nr. 2

Ernährungssouveränität am Beispiel von Peru und Ecuador

Francisco Marí, Fenja Lüders, Almudena Abascal, Moderation: Patricia Illanes-Wilhelm

Was bedeutet **Ernährungssouveränität**? Während es beim Begriff Ernährungssicherheit darum geht, dass jeder Mensch genug zu essen hat, geht es beim Begriff Ernährungssouveränität um die freie Entscheidung, was gegessen und wie es produziert wird. Gemeinschaften sollen frei entscheiden können, welche Nahrungsmittel sie anbauen und was sie konsumieren. Auch in Deutschland haben sich Ernährungsräte gebildet, die sich vor Ort mit dem Thema beschäftigen, berichtet Francisco Marí.

Fenja Lüders von Brot für die Welt berichtete über eine Reise zu Partnerorganisationen in **Peru**. In der Andenregion nahe Cusco fällt immer seltener Regen. Die **Organisation Arariwa** unterstützt Kleinbauernfamilien dabei, das Wasser effizienter zu verwenden. Rund ein Viertel der Projekte, die Brot für die Welt unterstützt, beschäftigen sich mit Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung. In Peru sei die Situation geprägt von großer sozialer Ungleichheit, Armut, Umweltproblemen, Abholzung und einer politischen Krise. Sorgen macht den Engagierten das „Anti-NGO-Gesetz“, das zivilgesellschaftlichen Organisationen die Arbeit erschwert.

Almudena Abascal, Juristin und Lateinamerikareferentin bei FIAN Deutschland, beleuchtet die aktuelle Situation in Ecuador. Sie zeigt, wie politische und soziale Dynamiken, Extraktivismus und Agrarindustrie sowie die Rolle organisierter Kriminalität die Ernährungssysteme und die Rechte ländlicher Gemeinschaften beeinflussen.

Workshop Nr. 3

Friedliches Miteinander ist möglich – Lösungsansätze für Umweltkonflikte in Kolumbien

Dr. Carolina Tobón Ramírez, Julian Villa-Turek, Dr. Nora Braun, Moderation: Camila A. Rodríguez R.

Welche Lösungsansätze gibt es für die Umweltkonflikte in Kolumbien? Dr. Carolina Tobón Ramírez stellte im Workshop das „**Observatorio de Conflictos Ambientales**“ an der Universidad de Colombia in Bogotá vor. Damit werden Umweltkonflikte sichtbar und öffentlich gemacht. Im Rahmen eines partizipativen Monitorings wurden auch Workshops mit verschiedenen Akteuren und der Zivilgesellschaft durchgeführt.

Dr. Nora Braun stellte den Verein „**kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V.**“ vor. Dieser setzt sich dafür ein, dass Menschenrechte im Mittelpunkt der politischen Beziehungen mit Kolumbien stehen – sowohl bei Regierungskontakten als auch in den Wirtschaftsbeziehungen. Der Verein ist Mitglied der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) und dient gleichzeitig als Anlaufstelle der MRKK in Deutschland.

Julian Villa-Turek ist Teil der Unterstützerguppe für die **Wahrheitskommission** in Kolumbien und berichtete über den Friedensprozess in Kolumbien.

Welche **Akteure** braucht es, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen? Sinnbildlich wurde im Workshop ein „Sancocho“ gekocht, ein typisches Eintopfgericht. So wie für diesen viele Zutaten notwendig sind, braucht es auch viele Beteiligte für einen Frieden.

Abschluss-Podiumsdiskussion:

Alle satt und alles gerecht verteilt? Konkrete Ansätze für Ernährungs- und Rohstoffgerechtigkeit und Umweltfrieden

Sarah Schweizer, Julian Villa-Turek, Francisco Marí, Felix Roll

Moderation: Camila A. Rodríguez R. und Mauricio Salazar

Welche Auswirkungen hat das Mercosur-Abkommen nun beiderseits des Atlantiks? Und was hat das mit der **Ernährungssicherheit** zu tun? In den Ländern in Lateinamerika sieht Marí eine große Gefahr für die Industrie. Dagegen werde die Exportwirtschaft in der Landwirtschaft zunehmen – mit den entsprechenden negativen Folgen.

Auch der **Rohstoffabbau** mit seinem hohen Verbrauch von Land und Wasser hat negative Folgen für die Ernährungssicherheit in Lateinamerika, ergänzt Roll. „Es geht immer um Land und Ressourcen“, so Villa-Turek. „Deshalb dauert der Konflikt in Kolumbien auch schon so lange.“

Die Perspektive der **hiesigen Landwirtschaft** brachte Sarah Schweizer ein. Sie ist Landtagsabgeordnete und seit Mai 2026 Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat in Baden-Württemberg. „Ich war auf vielen Demos von Bauern, die Ängste sind mir sehr gut bekannt.“ Vor allem die **Schweine- und Rinderhalter** waren in großer Sorge. Allerdings seien die Importmengen aus Lateinamerika nun begrenzt. Falls die Preise zu sehr fallen sollten, greift ein Schutzmechanismus. Positiv sei das Abkommen für die **Milchbauern**, da sich neue Absatzmärkte für verarbeitete Produkte erschließen. Schweizer sieht auch Chancen für die **Weinbauern** im Land. „Bisher wird nur ein Prozent des Weins exportiert.“

Natürlich könne es bei keinem Abkommen nur Profiteure geben. „Ich hoffe aber, dass das Gesamtpaket ein Mehrwert für alle ist.“ Schweizer verweist auf die **internationalen Abkommen**, die bereits bestehen: das Pariser Klimaschutzabkommen oder die EU-Entwaldungsverordnung mit Blick auf Lateinamerika. Dennoch seien noch nicht alle Probleme gelöst.

Welche **Forderungen** werden nun **an die Politik** gestellt? Wichtig ist laut Marí die **Reduzierung der Abhängigkeit von Eiweißpflanzen**, so wie es die Nationale Eiweißpflanzenstrategie vorsieht. Gut sei auch, dass im Koalitionsvertrag steht, die **Ernährungssouveränität als Staatsziel** für Baden-Württemberg festzuschreiben. „Diesen Weg befürworten wir. Das nutzt uns und unseren Partnern im Süden.“ Zudem sei es wichtig, die Abhängigkeit von Düngemittelimporten zu verringern.

Schweizer verweist auf bestehende **Kampagnen**, um die heimische Landwirtschaft zu stärken. Sie appelliert außerdem an die Verbraucher, zum Beispiel Saft von Streuobstwiesen oder heimischen Wein zu kaufen. Ein großes Thema sei auch die Lebensmittelverschwendung. „Das meiste wird zuhause weggeworfen.“ **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)** sei deshalb wichtig.

Beim Thema **Rohstoffe** verweist Roll auf die **Landesstrategie Ressourceneffizienz**. „Es gibt eine Strategie, aber wir sind noch nicht auf dem richtigen Weg.“ Gute Ansätze sieht er in der **Kreislaufwirtschaft**. „Hier geht es voran.“ Defizite gebe es dagegen bei der Sicherung von Menschenrechts-Standards. „Es fehlen konkrete Maßnahmen, zum Beispiel über die Verwaltungsvorschrift Beschaffung oder das Vergabegesetz.“ Roll wünscht sich außerdem mehr Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen, um die **Sorgfaltspflichten** einzuhalten.

Klar ist: Zwischen Baden-Württemberg und den Ländern Lateinamerikas gibt es viele Verbindungen. Deshalb auch der Appell aus dem Publikum, weiterhin gemeinsam an diesen Themen zu arbeiten. „Wir haben nur einen gemeinsamen Planeten.“